

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Tobias Lindner, Lisa Badum, Daniela Wagner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/20787 –**

Beitrag der Bundeswehr gegen die Klimakrise stärken – CO₂-Ausstoß der Streitkräfte deutlich reduzieren und konsequent erfassen

A. Problem

Der Klimawandel und dessen Folgen stellen eine erhebliche Bedrohung für die Menschheit dar. Angesichts der Größe der Herausforderung müssten alle Ressorts der Bundesregierung ihren Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise leisten.

Die Bundeswehr habe als Großorganisation einen erheblichen CO₂-Ausstoß. Richtige Entscheidungen könnten den CO₂-Fußabdruck signifikant reduzieren. Bei der Beschaffung von Ausrüstung und Material von Streitkräften müssten die Faktoren CO₂-Ausstoß oder Umweltbelastung mitbedacht und bei Beschaffungen, die keinen direkten militärischen Bezug haben, priorisiert werden.

Auch der Gebäudebereich der Bundeswehr habe einen signifikanten Einfluss auf den Klimaschutz. In diesem bestehe ein erhebliches Einsparpotenzial für Treibhausgasemissionen. Angesichts des bestehenden Sanierungs- und Modernisierungsstaus in den über 300 Bundeswehrstandorten könnten mit nachhaltigen, klimaschonenden Baustoffen, Effizienzsteigerung und der Nutzung von erneuerbaren Energien sogar Null- oder Plusenergiehausstandards erreicht werden.

Auch in der Ausbildung und der Übungspraxis müsse mehr getan werden. Bei der Luftwaffe sollten beispielsweise Übungsmöglichkeiten für Pilotinnen und Piloten am Simulator vollumfänglich genutzt werden. Einer Flugstunde im Simulator im Vergleich zu einer Flugstunde im Eurofighter stehe neben einer deutlichen CO₂-Einsparung, einer Reduktion der Lärmbelastigung für Mensch und Natur auch ein großes finanzielles Einsparpotenzial gegenüber.

Ein geringerer Treibstoffverbrauch oder alternative Antriebstechnologien führten beispielsweise zu einem geringeren Versorgungsaufwand und verringerten so die Abhängigkeit von der Brennstoffversorgung. Größere taktische Mobilität und Flexibilität seien der Vorteil.

Zudem gebe es bislang keine konsequente Erfassung der durch die Bundeswehr verursachten Treibhausgasemissionen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/20787 abzulehnen.

Berlin, den 3. März 2021

Der Verteidigungsausschuss

Wolfgang Hellmich
Vorsitzender

Eckhard Gnodtke
Berichterstatter

Dr. Eberhard Brecht
Berichterstatter

Gerold Otten
Berichterstatter

Dr. Marcus Faber
Berichterstatter

Dr. Alexander S. Neu
Berichterstatter

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Eckhard Gnodtke, Dr. Eberhard Brecht, Gerold Otten, Dr. Marcus Faber, Dr. Alexander S. Neu und Dr. Tobias Lindner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/20787** in seiner 176. Sitzung am 17. September 2020 dem Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und zur Mitberatung dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach der Vorlage solle der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, den CO₂-Ausstoß der Bundeswehr konsequent zu erfassen und eine Strategie vorzulegen, um den CO₂-Ausstoß innerhalb der Bundeswehr in Gänze zu reduzieren.

Auch innerhalb der NATO solle sich die Bundesregierung für eine generelle Reduktion des CO₂-Ausstoßes der Streitkräfte einsetzen.

Bei sämtlichen Beschaffungsentscheidungen solle der CO₂-Ausstoß stärker gewichtet und wo es möglich ist, priorisiert werden.

Bei der Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten sollten vermehrt die Möglichkeiten einer simulatorgestützten Ausbildung genutzt werden.

Munitions- und Raketentests sowie sonstige Schießübungen sollten unter Vermeidung jeder Brandgefahr auf das notwendige Maß reduziert und nicht in oder in der Nähe sensibler und klimarelevanter Ökosysteme durchgeführt werden.

Um unnötige Reisetätigkeiten zu vermeiden solle bei Konferenzen und Tagungen vermehrt auf Videokonferenzen gesetzt werden.

Bei anstehenden Sanierungen und Modernisierungen der Bundeswehrstandorte sowie zivilgenutzten Liegenschaften der Bundeswehr in Verwaltung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben solle möglichst ressourcensparend gebaut, auf nachhaltige Baustoffe gesetzt und diese Standorte klimaneutral umgebaut werden.

Interne Verwaltungsprozesse sollten so digitalisiert werden, dass unnötiger Papierverbrauch und Transport (Postzustellung o. Ä.) vermieden werde.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag in seiner 99. Sitzung am 3. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Verteidigungsausschuss hat den Antrag in seiner 78. Sitzung am 3. März 2021 beraten.

Im Verlauf der Ausschussberatung führte die **Fraktion der CDU/CSU** aus, dass Umweltschutz bereits heute einen hohen Stellenwert in der Bundeswehr habe. Besonders Infrastrukturmodernisierungen, moderne Fahrzeugflotten und Truppenübungsplätze leisteten bereits einen Beitrag zur CO₂-Reduzierung. Allerdings führe die im Antrag geforderte konsequente Erfassung des CO₂-Ausstoßes der Bundeswehr zu einer Überbürokratisierung und

sei in der Praxis nicht umsetzbar. Der Erhalt der Einsatzbereitschaft habe Vorrang vor den Maßnahmen der CO₂-Reduzierung.

Die **SPD-Fraktion** betonte, dass der Antrag einen guten Impuls gebe. Gleichwohl teile sie die Sorge der Fraktion der CDU/CSU vor einer übermäßigen Bürokratie.

Die **Fraktion der AfD** bekräftigte, dass der Antrag einige sinnvolle Punkte wie beispielsweise die Reduzierung von Dienstreisen oder den Ausbau der Nutzung von Simulatoren für die Ausbildung enthalte. Die Forderungen führten mehrheitlich jedoch zu einer unangemessenen Bürokratisierung.

Die **FDP-Fraktion** bekundete, dass die im Antrag aufgeführten Aufgaben bereits im Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr verortet seien und in den letzten Jahren bereits eine deutliche Reduzierung des CO₂-Ausstoßes erfolgt sei. Überdies sei beispielsweise die Reduzierung von Übungen im Hinblick auf die Einsatzbereitschaft nicht sinnvoll.

Die **Fraktion DIE LINKE.** unterstrich, dass die effektivste Maßnahme zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes die Abrüstung sei. Eine substantielle Verringerung der schweren Fahrzeuge der Bundeswehr könne den Klima-Footprint der Bundeswehr um bis zur Hälfte reduzieren. Diese Forderung fehle in dem vorliegenden Antrag.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, dass die Bundeswehr ihren Beitrag zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens leisten müsse. Der Gebäudebestand oder insbesondere auch die zivilen Fahrzeuge mit militärischer Sonderausstattung böten ein erhebliches Potenzial zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Eine konsequente Erfassung des CO₂-Ausstoßes führe regelmäßig bereits zu einer Verhaltensänderung und liefere eine Grundlage, um weitere Maßnahmen abzuleiten.

Im Ergebnis beschloss der **Verteidigungsausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/20787 zu empfehlen.

Berlin, den 3. März 2021

Eckhard Gnodtke
Berichterstatter

Dr. Eberhard Brecht
Berichterstatter

Gerold Otten
Berichterstatter

Dr. Marcus Faber
Berichterstatter

Dr. Alexander S. Neu
Berichterstatter

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter

